



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die Mitglieder

der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 6. Nov. 2009

Erste Einschätzung der Koalitionsvereinbarungen für den Bereich Wirtschaft

Liebe Genossinnen und Genossen,

für Eure weitere politische Arbeit übermittle ich Euch eine erste Einschätzung der schwarzgelben Koalitionsvereinbarungen für den Bereich Wirtschaft.

Zusammenfassende Bewertung:

Schwarzgelb fehlt ein klares Konzept für die Wirtschaftspolitik. Die grundlegenden Zukunftsfragen unserer Volkswirtschaft werden im Koalitionsvertrag ausgeklammert: Wie schaffen wir nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit? Wie erneuern wir dafür unsere industrielle Basis und erschließen neue Potenziale für Dienstleistungen? Wie nutzen wir die Chancen neuer Technologien? Wie sieht das Energiekonzept der Zukunft aus? Wie gestalten wir eine Wirtschaftspolitik, in der als Konsequenz aus der Finanzkrise Investitionen Vorrang vor Spekulationen haben?

Anstelle eines Gesamtkonzepts für diese Aufgaben überwiegen bei Schwarzgelb Einzelmaßnahmen zur Befriedigung von Klientelinteressen. Schwarzgelb zeigt keinen Weg auf, wie Deutschland gestärkt aus der schwersten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg kommen kann.

→ Schwarzgelb setzt keine Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung

Von den geplanten Steuersenkungen des Sofortprogramms gehen keine Wachstumsimpulse aus. Die Steuergeschenke auf Pump tragen weder zur Stabilisierung des Konsums bei, noch führen sie Investitionen herbei. Im Gegenteil: Sie schwächen die Investitionskraft von Bund, Ländern und Kommunen.

→ Schwarzgelb fehlt das Geld für Investitionen in die Zukunft.

Wachstum braucht Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Innovationen sind der Schlüssel für eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft. Sie sind Voraussetzung für Wachstum und neue Arbeitsplätze. Die Steuergeschenke von Schwarzgelb für Unternehmen sind nicht geeignet, Wachstum und Innovation zu generieren.

→ Schwarzgelb betreibt Klientelpolitik – es fehlt der Blick fürs große Ganze



Im Koalitionsvertrag werden eine Reihe von Partikularinteressen bedient: von den Steuerberatern über die Hotellerie bis zu den Apothekern. Das geht auf Kosten eines stimmigen Gesamtkonzepts. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Politik für Unternehmen und Beschäftigte, während schwarzgelbe Wirtschaftspolitik Lobbyinteressen dient.

→ **Schwarzgelb besitzt kein Konzept für eine strategische Industriepolitik**

Schwarzgelb legt kein industriepolitisches Gesamtkonzept vor, das schon der alte Wirtschaftsminister der Öffentlichkeit schuldig geblieben ist. Bei den erneuerbaren Energien hat die SPD gezeigt, dass intelligente politische Instrumente unverzichtbar sind, um neue Märkte zu erschließen. Schwarzgelb dagegen verspielt Deutschlands Chancen auf den Leitmärkten der Zukunft; etwa bei den erneuerbaren Energien, effizienter Energieproduktion, neuen Werkstoffen, Elektromobilität, dem Gesundheitsmarkt und in der Kreativwirtschaft.

→ **Schwarzgelb hat kein Konzept für die Energiepolitik**

Im Koalitionsvertrag beschränkt sich Schwarzgelb auf Allgemeinplätze zur künftigen Energiepolitik. Die Koalition hat offensichtlich kein Konzept zur Lösung der drängenden Probleme in den Bereichen Wettbewerb, Netzanpassung, Umsteuerung zu regenerativen Energiequellen und moderner und effizienter Kraftwerkstechnik. Im Gegenteil: Mit der Verlängerung von Restlaufzeiten für finanziell abgeschriebene Atomkraftwerke verhindert Schwarzgelb die notwendigen Investitionen in moderne Kraftwerkstechnik und erneuerbare Energien.

→ **Schwarzgelb vertagt wichtige Entscheidungen**

Schwarzgelb betreibt in vielen Bereichen eine "Prüfpolitik" und vertagt notwendige Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik: Mit insgesamt 23 Prüfaufträgen im Koalitionsvertrag allein im Bereich Wirtschaft wird deutlich, dass zentrale Entscheidungen nicht getroffen und bis nach der Landtagswahl in NRW verschoben werden.

Bewertung wesentlicher Einzelaspekte

Bürokratieabbau

Beim Bürokratieabbau übernimmt Schwarzgelb im Koalitionsvertrag die bereits 2005 von der Großen Koalition eingegangene Verpflichtung, die Informationspflichten der Wirtschaft bis 2011 um 25 Prozent zu reduzieren. Künftig sollen darüberhinaus auch gesetzliche Handlungspflichten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung geprüft werden, um Bürokratiekosten weiter einzudämmen. Dazu soll der Normenkontrollrat gestärkt werden.

- Das 25-Prozent-Ziel hatte die Große Koalition durch drei Mittelstandsentlastungsgesetze bereits weitgehend erfüllt. Ein weitergehender Bürokratieabbau im Bereich der gesetzlichen Handlungspflichten kann meist nur auf Kosten notwendiger Regulierung geschehen und geht zu Lasten von Umwelt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das ist Deregulierung unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus.

Vergaberecht

Im Koalitionsvertrag wird eine Reform des Vergaberechts angekündigt mit dem Ziel das Verfahren und die Festlegung der Vergaberegeln zu vereinfachen und transparenter zu gestalten. Die 2009 eingeführte Berücksichtigung vergabefremder (sozialer und umweltbezogener) Aspekte soll überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

- Die eigentliche Zielrichtung von Schwarzgelb ist deutlich: Der Wettbewerb soll mit entsprechender Korrektur ganz offensichtlich zu Lasten der Arbeitsbedingungen, der Löhne und umweltbezogener Aspekte gehen. Es gibt keinen Ansatz für umweltbewusste Beschaffung.



Unternehmensfinanzierung

Die Koalition will Struktur und zeitliche Ausrichtung des Deutschlandfonds überprüfen und einen Kreditmediator einsetzen, der versucht mit der Kreditwirtschaft konstruktive Lösungen für Unternehmen zu finden. Geprüft wird auch eine schnell verfügbare und unbürokratische Liquiditätshilfe für kleine Unternehmen. In den Koalitionsverhandlungen war in diesem Zusammenhang die Stundung des Arbeitgeberanteils der Sozialversicherungsbeiträge für eine Dauer von drei Monaten angedacht worden.

- Die Unternehmensfinanzierung ist nach wie vor ein großes Problem insbesondere für mittelständische Unternehmen. Die Kreditklemme stellt eine reale Bedrohung für die Erholung unserer Wirtschaft dar. Die große Koalition hat in der Wirtschaftskrise beharrt das Richtige getan. Ohne die Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken und ohne die Mittel des Wirtschaftsfonds Deutschland würden bereits heute mehr Unternehmen unter einer Kreditklemme leiden. Die Idee eines staatlichen Kreditmediators, der zwischen den Programmen der Bundesregierung sowie Unternehmen und Banken vermitteln soll, war – anders als bei Union und FDP – bereits im Wahlkampf ein Vorschlag des Deutschlandplans der SPD.

Wettbewerbsrecht

Im Rahmen einer GWB-Novelle ist die Einführung eines Entflechtungsinstrumentes in Fällen marktbeherrschender Unternehmen als ultima ratio vorgesehen.

- Die geplante Gesetzesänderung ist reine Symbolpolitik auf Drängen der FDP; die keine realen Auswirkungen haben wird. Vor dem Hintergrund der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes bestehen außerdem verfassungsrechtliche Probleme, da Eingriffe in diverse Grundrechte vorliegen.

Mittelstand

Schwarzgelb möchte allgemein die Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe verbessern. Zentrale Maßnahme im Bereich der Mittelstandspolitik ist eine Gründerkampagne, um eine neue Gründerdynamik anzustoßen. Die Koalition strebt ein neues Leitbild der unternehmerischen Selbständigkeit und bessere Möglichkeiten für Chancen- und Beteiligungskapital an, u.a. durch einen High-Tech-Gründerfonds. Die KfW soll als Mittelstandsbank gestärkt werden und nicht im Wettbewerb mit privaten und genossenschaftlichen Banken sowie Sparkassen stehen.

- Die Allgemeinplätze zu den Themen Mittelstand und Existenzgründer bieten nichts Neues. Die wichtige Rolle der KfW für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen darf gerade in der aktuellen Situation nicht geschwächt werden.



Forschung und neue Technologien

Im Koalitionsvertrag steht wenig Konkretes zum Thema Forschungsförderung: eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung wird lediglich angestrebt, die „eigenen Anstrengungen insbesondere im Bereich der Forschungs- und Technologieförderung“ sollen verstärkt werden und das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand als wichtiges Förderprogramm für mittelständische Unternehmen wird ausschließlich unter der Überschrift „Deutsche Einheit“ abgehandelt.

- ➔ Investitionen in Forschung und Entwicklung sind entscheidend für zukünftiges Wachstum und Beschäftigung. Es ist ein Armutszeugnis, das sich Schwarzgelb in den Koalitionsverhandlungen nicht auf konkrete Schritte hat einigen können, z.B. im Bereich der steuerlichen Förderung für mittelständische Unternehmen. Es besteht offensichtlich die Gefahr, dass bei Schwarzgelb die steuerliche Forschungsförderung nach dem Gießkannenprinzip auf Kosten der Projektförderung geht. Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand war erfolgreich im Rahmen der Konjunkturpakete auf ganz Deutschland ausgeweitet worden. Diese Forschungsförderung muss auf diesem Niveau beibehalten werden.

Außenwirtschaft

Schwarzgelb will den Protektionismus in der Handelspolitik bekämpfen und strebt den zügigen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde an. Bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern wird eine Harmonisierung mit der Genehmigungspolitik der anderen EU-Staaten auf hohem Niveau angestrebt.

- ➔ Im Bereich der Außenwirtschaft gibt es in Teilen Übereinstimmung mit unseren Positionen. Die Vorhaben im Bereich Rüstungsexportkontrolle sind unter Beibehaltung der jetzigen Genehmigungspolitik zum Rüstungsexport entschieden abzulehnen; da andernfalls Exportgenehmigungen vor allem an Länder wie Pakistan möglich würden.

Breitbandausbau

Die Koalition möchte ein Monitoring zum Umsetzungsstand Breitbandstrategie einleiten.

- ➔ Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes für alle Menschen in Deutschland erfordert Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro – die Große Koalition hatte sich für den Ausbau in der Breitbandstrategie ehrgeizige Ziele gesetzt. Schwarzgelb gefährdet die Erreichung dieser Ziele. So wird mit dem Koalitionsvertrag angekündigt, vor allem ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Breitbandstrategie einzuleiten. Dies ist entschieden zu wenig. Schwarzgelb setzt offensichtlich beim Infrastrukturausbau – wie die Union bisher – auf die Eigeninitiative der Betreiber. Da der Breitbandausbau in Deutschland nicht alleine von einem Unternehmen bewältigt werden kann, bedarf es Kooperationen. Die Bundesnetzagentur muss in Zusammenarbeit mit dem Bundeskartellamt und den Betreibern die Rahmenbedingungen für solche Kooperationen klären und entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen schaffen. Nur so können wir ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg bringen.



Energie

Energiepolitik allgemein

Die erneuerbaren Energien sollen nach dem Willen der Koalition den Hauptanteil der Energieversorgung übernehmen und die konventionellen Energieträger ersetzen. Gleichzeitig wollen sie aber die Förderung verringern („wirtschaftlicher gestalten“) und die Einspeisung erschweren („effizienter gestalten“). Die Förderung der Solarenergie soll auf jeden Fall gekürzt werden. Gerade die Photovoltaik hat sich in Deutschland zu einer Marktführerschaft im Hinblick auf die Effizienz entwickelt. Diesem Industriezweig droht nun das Aus. Es wird deutlich, dass Schwarzgelb die Rückkehr zur Atomkraft präferiert.

Energieinfrastruktur

Die Energieinfrastruktur soll verbessert werden, in dem der Investitionsstau aufgelöst wird. Nach dem bereits beschlossenen Energieleitungsausbaugesetz soll nun ein weiteres Beschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht werden.

- Der von der SPD bereits Anfang 2009 vorgeschlagenen Beschleunigung hat sich die Union bisher widersetzt. Nun will Schwarzgelb dem Vorschlag der SPD folgen und strebt die Überführung der deutschen Stromnetze in eine Netzgesellschaft an. Der Koalitionsvertrag verschweigt aber, wie dieser Weg gestaltet werden soll. Der Koalitionsvertrag sieht keine Zwischenschritte über eine gemeinsame und einheitliche Regelzone vor. Diese wäre sowohl technisch als auch regulatorisch in kürzester Zeit realisierbar.

Einrichtung einer Markttransparenzstelle

Die Koalition will den Wettbewerb mit einer weiteren Behörde neben der Bundesnetzagentur, dem Kartellamt und der Strombörse fördern: Eine Markttransparenzstelle soll eine transparente Preisbildung sichern.

- Was bringt diese Transparenz, wenn gleichzeitig die Unternehmen zu größeren Anstrengungen im Netzausbau bewegt werden sollen? Dieser wird sehr viel Geld kosten und ermöglicht den Unternehmen, nahezu beliebige Kosten darzustellen. Besser wäre es, die Netze durch mehr dezentrale Einspeisung zu entlasten. Dieses setzt aber ein Konzept für die Entwicklung und Förderung alternativer Energiequellen voraus, das Schwarzgelb fehlt.

Mit freundlichen Grüßen